

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/148

Bad Godesberg, den 8. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>"Widerstand war patriotische Pflicht"</u> Erinnerungen an Paul Löbe Von Professor Dr. Dms. h.c. Fritz Baade, ehemaliges Mitglied des Deutschen Reichstages	88
3 - 5	<u>Im Dienste der Friedenssicherung</u> Politische Bilanz des Brandt-Besuchs in Rumänien Von Günter Markscheffel, z.Z. Bukarest	119
5	<u>Nicht gekonnt</u> NEUES DEUTSCHLAND und Bukarest	23
6	<u>Zu formalistisch?</u> Unnötige Belastungen des Steuerzahlers	24
6	<u>Kommunistische Pressekrise in Frankreich</u> Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	23

\* \* \*

"Widerstand war patriotische Pflicht"

Erinnerungen an Paul Löbe

Von Professor Dr. Drs. h.c. Fritz Baade,  
ehemaliges Mitglied des Deutschen Reichstages

Der Tod von Paul Löbe wird von vielen Menschen und besonders auch im öffentlichen Leben stehenden Menschen als schwerer Verlust empfunden, wie es der Verlust eines väterlich gesinnten Familienangehörigen wäre. Ganz besonders gilt das natürlich für die kleine Gruppe von Menschen, die noch das Glück hatten, unter dem Präsidenten Paul Löbe als Reichstagsabgeordnete tätig zu sein. Ihre Zahl hat sich durch Tod in der letzten Zeit so vermindert, daß wir heute wohl nicht mehr als ein Dutzend ehemaliger Reichstagsabgeordneter sind. Und die, welche noch am Leben sind, gehörten in den Reichstagen der Weimarer Republik zu den jüngsten Abgeordneten. Jeder von uns erlebte in Paul Löbe einen gütigen Vater, der als Reichstagspräsident unsere ersten Schritte im Parlament leitete.

Von den zwölf Jahren der Tätigkeit Paul Löbes als Reichstagspräsident waren die glücklichsten die fünf Jahre von der Stabilisierung der Mark im Jahre 1923 bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und dem Einbruch immer größerer Massen von Nationalsozialisten in den Reichstag. Und das waren auch die glücklichsten Jahre des deutschen Volkes während der Weimarer Republik. In diesen Jahren erlebten wir ein kleines deutsches Wirtschaftswunder: sehr kräftige Steigerungen der Löhne und der sonstigen Einkommen, und zwar keine Vollbeschäftigung, aber doch ein ziemlich großes Maß an Beschäftigung und Aufstieg der Wirtschaft. Aber dann wurde das alles hinweggespült von der Sturmflut der Weltwirtschaftskrise. Schon im Jahre 1930 zogen 107 Nationalsozialisten in den Reichstag ein. Paul Löbe blieb als Vertreter der noch immer stärksten Fraktion der Sozialdemokratischen Partei, der Reichstagspräsident, aber er bekam reichlich Gelegenheit, seine Fähigkeit zu beweisen, auch stürmische Sitzungen mit einer Meisterschaft zu leiten, die kein anderer je erreichte.

Als dann im Jahre 1932 die Nationalsozialisten mit 230 Abgeordneten die stärkste Partei geworden waren, wurde Hermann Göring zum Reichstagspräsidenten gewählt. Anstelle eines Mannes mit starker Gerechtigkeitsliebe und einem genialen Talent zu ausgleichender Verständigung nahm nun ein vor keiner Provokation zurückschreckender diktatorischer Typ auf dem Präsidentenstuhl Platz - ein Gegensatz, wie er krasser wohl kaum gedacht werden kann.

Seine bitterste Stunde erlebte der deutsche Reichstag dann im Jahre 1933, als nach dem Reichstagsbrand die Nationalsozialisten zusammen mit den Deutschnationalen und leider auch dem Zentrum und den Demokraten stark genug geworden waren, diesen Parlament mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit eine unbegrenzte Ermächtigung an die Regierung Hitlers aufzuzwingen. Die sozialdemokratische Fraktion beriet, ob sie an dieser Sitzung überhaupt noch teilnehmen sollte. Den Ausschlag gab dann vielleicht ein Besuch des von uns hochgeschätzten Zentrumsabgeordneten Dr. Friedrich Deseauer in der Fraktionssitzung. Er beschwor uns, nicht in den Sitzungssaal zu gehen, weil alle, die gegen das Ermächtigungsgesetz stimmen würden, dort umgebracht werden sollten. Paul Löbe war es, der mit dem entschiedensten dafür eintrat, daß wir trotzdem zur Sitzung gehen müßten.

Und so kam es, daß die Sozialdemokraten trotz aller Drohungen gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten.

Paul Löbe hat 16 Jahre später, als er im Jahre 1949 die erste Sitzung des Bundestages als Alterspräsident eröffnete, an diese tragische Stunde des Reichstages erinnert: "... In dem Augenblick, in dem zum ersten Male wieder freigewählte Abgeordnete eines erheblichen Teils von Gesamtdeutschland zusammentreten, um eine deutsche Regierung einzusetzen und eine neue Gesetzgebung zu beginnen, schweiften die Gedanken von uns Älteren zurück zu jener letzten Sitzung des Deutschen Reichstages in der Berliner Krolloper, der wir beiwohnten und in der durch das Hitlersche Ermächtigungsgesetz die staatsbürgerlichen Freiheiten für lange Jahre begraben wurden. Das war ein illegaler Akt, durchgeführt von einer illegalen Regierung. Der Widerstand dagegen war eine patriotische Tat. ... Es sind auch Vorwürfe erhoben worden, daß das deutsche Volk sich nicht gegen den nationalsozialistischen Terror zur Wehr gesetzt habe. Wenn ich Ihnen sage, daß allein von den 94 sozialdemokratischen Abgeordneten, die gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben, da sie sich zu jener Zeit noch in Freiheit befanden, 24 ihren Widerstand mit dem Leben bezahlt haben, (die Abgeordneten erheben sich von den Sitzen)... Wenn Sie bedenken, daß große Opfer auch von der kommunistischen Fraktion gebracht worden sind, aber auch von Mitgliedern des früheren Zentrums und von Abgeordneten bis in die Rechtsparteien hinein, dann wird sich ergeben, daß auch dieser Vorwurf nicht aufrechterhalten werden kann."

Paul Löbe hat diese Rede, die zu seinen großen staatsmännischen Leistungen gehört, damit geschlossen, daß er die neugewählten Abgeordneten in der eindringlichsten Weise auf die Pflichten aufmerksam machte, die sie erwarteten, indem er sagte: "Es stehen vor unserer Tür die Millionen der Heimatvertriebenen von jenseits der Oder-Neiße-Grenze, die Verstümmelten und Verwaisten des Krieges, die ja auch ein Opfer des Nazismus sind, jene, die in den Bombenangriffen Hab und Gut verloren, die anderen Opfer des Naziregimes und der mehrfachen Währungsmaßnahmen. Welch mühevollen, beharrlichen, wohlüberlegten und welche gutwilligen Zusammenarbeit wird notwendig sein, um auch nur der geringsten dieser Aufgaben Herr zu werden!" Und er schloß seine Rede mit einem letzten Apell an die Abgeordneten des Hauses: "Wollen wir vor der deutschen Geschichte bestehen, dann müssen wir uns, ob in Koalition oder Opposition, soweit zusammenfinden, daß Ersprößliches für unser Volk daraus erwächst, damit wir uns auch die Achtung für unser deutsches Volk in der Welt draußen zurückgewinnen. - Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die Arbeit mit diesem Vorsatz beginnen!"

Es wäre keine schlechte Idee, diese Abschnitte aus der Rede, mit der Paul Löbe als Alterspräsident die Tätigkeit des Bundestages eröffnete, in möglichst viele Schulbücher aufzunehmen.

Im Dienste der Friedenssicherung

Politische Bilanz des Brandt-Besuchs in Rumänien

G.M. - Bukarest

Jede politische Wertung des Brandt-Besuches in Rumänien muß davon ausgehen, daß die Bundesrepublik Deutschland ehrlich bestrebt ist, ihr Verhältnis zu allen ost- und südosteuropäischen Staaten trotz unterschiedlicher Auffassungen in vielen Fragen zu verbessern und schließlich zu normalisieren. Diesem Ziel dienten alle Gespräche und Diskussionen des Bundesaußenministers mit seinen rumänischen Gastgeber. Daß es nicht bei Gesprächen im Sinne diplomatischer Formeln und Formulierungen blieb, erkennt man an den mehrfach völlig durcheinandergeratenen Terminplänen. Begegnungen, die für etwa eine Stunde vorgesehen waren, dehnten sich meist bis zu vier und mehr Stunden aus; ein Zeichen, wie intensiv diskutiert wurde und wie sehr man auf beiden Seiten gewillt war, jede Nuance dieser oder jener vorgetragenen Meinung möglichst bis zur letzten Klarheit auszuloten.

Englische, amerikanische und französische Beobachter in Bukarest bezeichneten diese alle Erwartungen übertreffende Besonderheit des Brandt-Besuches als "phänomenal" und "noch nie dagewesen". Man sollte sich nicht allzu sehr wundern. Brandt ist als eifriger und seinen Gesprächspartnern nichts schenkender "Debatter" bekannt; besonders dann, wenn er auf Widerstand stößt, oder wenn er glaubt, daß man seine Argumente vielleicht nicht richtig verstanden haben könnte. Aber auch Männer wie Ceausescu, Manescu, Maurer oder Stoika sind diskussionsfreudige Politiker. Ihnen liegt nicht allzu viel am "Protokoll", sie steigen gern und freudig in ein Wortgefecht ein, immer bereit, ihre dialektische Schulung in die Waagschale zu werfen.

Vielleicht ist diese in Bukarest von beiden Seiten angewandte Methode der Aussprache und des gegenseitigen Kennenlernens besser als jene, die sich darauf beschränkt, eine nach strengen Regeln zelebrierte "Diplomatie" zu exerzieren...

\* \* \*

Bundesaußenminister Willy Brandt hat allen Grund, mit dem Ergebnis seines Rumänienbesuches zufrieden zu sein. Nicht etwa nur, weil ein wirtschaftliches Kooperationsabkommen unterzeichnet wurde, oder weil beiderseits die Verbesserung der kulturellen Beziehungen angestrebt werden soll; auch die Bereitschaft der rumänischen Regierung, das Problem der Familienzusammenführung nunmehr nach humanitären Prinzipien lösen zu wollen, ist ein Zeichen dafür, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest ihre Früchte zu tragen beginnen.

Von größter Bedeutung ist jedoch die Tatsache, daß Brandt in Bukarest weitgehende Übereinstimmung mit seinen Gesprächspartnern in der Beurteilung jener Fragen erzielen konnte, die sich mit den Begriffen "Entspannung und Friedenssicherung in Europa" kennzeichnen lassen.

Bei den Bemühungen um eine europäische Friedensordnung, so sagte Brandt in Bukarest, müsse man von den gegebenen Realitäten ausgehen. Und er fuhr fort:

- \* "Dies gilt auch für die beiden politischen Ordnungen, die gegenwärtig auf deutschem Boden bestehen; sie - die beiden politischen Ordnungen - werden sich nämlich daran messen lassen müssen, was sie

- \* tun, um den Menschen das Leben leichter und den Frieden sicherer
- \* machen zu helfen."

Diese Sätze, von Brandt während seines Rumänien-Besuches mehrfach gesprochen und auch interpretiert, haben vereinzelt zu der merkwürdigen Unterstellung geführt, der deutsche Außenminister wolle irgendetwas "anerkennen". Brandt hat das Selbstverständlichste gesagt, was in diesem Zusammenhang zu sagen ist. Wenn man überhaupt an dem gegenwärtigen Zustand Europas etwas ändern will, wenn man sich bemüht, die Spaltung Europas und Deutschlands zu überwinden, wenn man bei diesem Bemühen keine Gewalt anwenden will, dann muß man eben von den gegebenen Realitäten ausgehen. Oder um es noch deutlicher zu sagen: Wer nicht von den gegebenen Realitäten auszugehen gedenkt, um eine europäische Friedensordnung herbeizuführen, der soll offen erklären, von was er wohl sonst ausgehen will. Man kann die wenig erfreulichen Ergebnisse eines fast zwanzigjährigen "Kalten Krieges" nicht dadurch ungeschehen machen, daß man sie einfach ignoriert.

\* \* \*

Deshalb seien in diesem Zusammenhang noch einige andere Sätze Willy Brandts zitiert, die leider in der allgemeinen Berichterstattung über den Besuch des Bundesaußenministers in Rumänien unter den Tisch gefallen zu sein scheinen und wohl deshalb nicht die Beachtung gefunden haben, die sie verdienen.

- \* "Meine Regierung möchte gemeinsam mit a l l e n interessierten
- \* Staaten an einer Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes in Europa
- \* arbeiten. Es kann doch nichts Verwerfliches daran sein, wenn man da-
- \* nach trachtet, die Welt vernünftiger und gerechter zu gestalten! Es
- \* kann doch nicht vernünftig sein, den Zustand der Teilung Europas
- \* und meines eigenen Landes und die militärische Konfrontation hoch-
- \* gerüsteter Blöcke für der Geschichte letztes Wort zu halten. Wir ha-
- \* ben keine Illusionen. Die realen Gegebenheiten sehen wir durchaus.
- \* Nur: Wir sehen es als Aufgabe, ja Verpflichtung unserer Politik,
- \* mit aller Kraft zur Überwindung der europäischen und deutschen Teil-
- \* lung beizutragen. Dabei sehen wir in die Zukunft und bemühen uns,
- \* aus der Vergangenheit zu lernen. Wir sind keine Phantasten, aber
- \* wir möchten daran mitwirken, daß Europa wieder zusammenwächst, statt
- \* weiter auseinanderzugleiten."

\* \* \*

Es besteht kein Zweifel, daß Brandt in Bukarest auch einige Mißverständnisse über die deutsche Politik beseitigen konnte, die in letzter Zeit bei den Regierungen mehrerer ost- und südosteuropäischer Staaten, hervorgerufen durch falsche Interpretationen, entstanden sein mögen. Die häufig zu hörende Meinung, Bonn wolle gar keine "neue Ostpolitik", sondern sei nur "geschickter in der Verschleierung seiner alten Ostpolitik", wurde von Brandt mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen.

- \* Dafür stehen die Sätze: "Ich hoffe, Verständnis auch für die Auffas-
- \* sungen meiner Regierung gefunden zu haben, deren Politik der Ent-
- \* spannung und der Sicherung des Friedens in der Welt, insbesondere
- \* aber in Europa dienen will. Ein wichtiger Bestandteil dieser Poli-
- \* tik ist die Bereitschaft zur Verständigung und guten Zusammenarbeit
- \* mit den Staaten des Ostens und Südostens Europas. Unsere Politik
- \* wendet sich an alle und gegen niemanden. Sie will verbinden und
- \* nicht trennen. Sie sucht einen gerechten Ausgleich in Europa und
- \* ist auch zu Opfern bereit. Als Mittel bedient sie sich nur der
- \* Überzeugungskraft; der Gewalt hat sie entsagt."

\* \* \*

Brandts rumänische Gesprächspartner haben mehrfach das Problem der Auflösung der in Europa einander gegenüberstehenden Militärblöcke angesprochen. Der deutsche Außenminister konnte hierbei auf den bekannten Standpunkt der Bundesregierung verweisen, der besagt, daß die Militärblöcke natürlich kein Selbstzweck seien und daß ihre Auflösung bzw. ihre Entschärfung nur auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und unter Berücksichtigung berechtigter Sicherheitsinteressen aller heute in militärischen Bündnisystemen vereinigten Staaten erfolgen könne. Daß bei den Bemühen zur Erreichung eines solchen Zieles auch die kleineren Staaten als gleichberechtigte Partner mitwirken müßten, wurde von den Rumänen anerkannt und befürwortet.

Es ist anzunehmen, daß der Rumänien-Besuch Willy Brandts, Vizekanzler und Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, manches in Bewegung bringen wird, was noch bis vor kurzem starr und unbeweglich erschien. Dabei hat sich eigentlich nichts Sensationelles ereignet. Der deutsche Außenminister besuchte ein Land, mit dem die Bundesrepublik normale diplomatische Beziehungen unterhält. Und doch: Die Art der bei dem Besuch geführten Diskussionen, die Freimütigkeit und Involvingenommenheit der Gastgeber und des Gastes können, wenn wir die Zeichen der Zeit richtig verstehen, der Beginn einer Entwicklung in Europa sein, in der die Völker trotz ihrer unterschiedlichen Gesellschaftssysteme nicht voreinander Furcht haben müssen.

+ + +

Nicht gekommt

#### NEUES DEUTSCHLAND und Bukarest

sp - Den Verantwortlichen in Ostberlin scheint Brandts Besuch in Rumänien heftige Kopfschmerzen zu bereiten. Unter der Überschrift "Brandt schlägt wieder Schaur" hat das SED-Zentralorgan NEUES DEUTSCHLAND behauptet, der Bundesaußenminister organisiere eine internationale Treibjagd auf alle, die auch nur die Absicht äußerten, ihre Beziehungen zur DDR enger zu gestalten. Sein praktisches Verhalten als Außenminister gebe keinen Anlaß, ihm als Entspannungspolitiker ernst zu nehmen.

Da kann man nur dazu sagen: Nicht gekommt! Wenn die auch in Bukarest vertretenen Ostberliner Korrespondenten nur etwas aufgepaßt hätten, dann wäre sogar ihnen aufgefallen, daß Brandt keineswegs eine Treibjagd auf irgend jemanden organisiert hat, sondern im Gegenteil seinen Gastgebern nicht nur mit Worten am Rande, sondern in offiziellen Erklärungen vergewissern konnte, die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland richte sich gegen niemanden. Sie hätten auch hören können, daß Brandt ausdrücklich den anderen Teil Deutschlands erwähnte, als er von den notwendigen Vorbereitungen einer Friedensordnung in Europa sprach. Brandts rumänische Gastgeber werden erstaunt sein, wenn sie nach so vielen und auch im offiziellen gemeinsamen Kommuniqué erwähnten Übereinstimmungen, die sie mit dem deutschen Außenminister gefunden hatten, so etwas lesen müssen. Aber - wenn Ostberlin durchaus die Rolle des permanenten Friedensstörers in Europa weiterspielen will, kann man es schlecht daran hindern; am wenigsten wir in der Bundesrepublik.

+ + +

Zu formalistisch ?

Unnötige Belastungen des Steuerzahlers

so - Kaum, daß das Bundesfinanzministerium die erste Verordnung zur neuen Mehrwertsteuer veröffentlicht hat, sind auch schon die ersten kritischen Stimmen laut geworden: in der Presse, aber auch in Zuschriften an die Bundestagefraktionen. Die Kritiker meinen, im Ministerium habe man den von den Politikern bei den Debatten um die Mehrwertsteuer aufgestellten Grundsatz wohl schon vergessen, daß man der Wirtschaft möglichst wenig zusätzliche Arbeit aufbürden, die Durchführungsverordnungen also von überflüssiger Formalismus freihalten wolle. Da wird z.B. von Vertretern der steuerberatenden Berufe und von der Wirtschaft kritisiert, daß Firmen gesonderte Aufzeichnungen für Fahrkarten (mit speziellem Ablagehinweis) führen, daß Reisekostenabrechnungen laufend nummeriert und entsprechend abgelegt werden müßten, da wird gefragt, weshalb nur bei Kundenkonti die Bruttobuchung zugelassen werde, während für alle anderen "Entgeltsänderungen" (etwa auch bei kleinsten Lieferantenskonti) die getrennte Buchung der Steuer vorgeschrieben sei.

Es ist noch zu früh, im Detail zu diesen kritischen Äußerungen Stellung zu nehmen. Dennoch wäre es vielleicht gut und nützlich, wenn sich der Finanzausschuß des Bundestages nach der Beendigung der parlamentarischen Sommerpause die Verordnungen der Exekutive einmal kritisch unter die Lupe nehmen würde. Wie wäre es, wenn etwa einmal in einem Hearing die Meinung der Wirtschaft, der steuerberatenden Berufe und der Steuerbeamten dazu gehört würde? Mit der öffentlichen Anhörung der Sachverständigen zur Mehrwertsteuer hat gerade der Finanzausschuß durchaus positive Erfahrungen gemacht.

+ - +

Kommunistische Pressekrise in Frankreich

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Nach einer Reihe anderer kommunistischer Blätter mußte dieser Tage auch die kommunistische Tageszeitung des Departements Alpes-Maritimes (Nizza und Umgebung) ihr Erscheinen einstellen. LE PATRIOTE wurde nach Ende des Zweiten Weltkrieges gegründet. Die Leserzahl fiel seither von 20 000 auf 5 000. Der kommunistische Parteisekretär Charles Carassa erklärte zu diesem Anlaß ganz offen: "Nach 23 Jahren Kampf müssen wir einsehen, daß es an der Riviera keinen Platz für eine Zeitung mit Meinung gibt." Als weitere "Begründung" wird von kommunistischer Seite behauptet, die amtliche Festsatzung des Zeitungspreises von 30 oder 40 centimes begünstige die "Pressekonzentration der regionalen Monopole". Die meisten kommunistischen Provinzblätter sind seit einigen Jahren infolge finanzieller Schwierigkeiten und Leserschwund eingegangen. Die KPF verfügt nunmehr nur noch über LA MARSEILLAISE (Marseille und Umgebung) mit einer Auflage von 138 000, LIBERTE (Nordfrankreich) mit 95 000 und L'ECHO DU CENTRE (Mittelfrankreich) mit 46.000 Exemplaren. Auch die Leserzahl des kommunistischen Zentralorgans HUMANITE ist erheblich gesunken. Das Blatt steht mit 200 000 Lesern an achter Stelle der Pariser Tageszeitungen und hält sich nur noch mit erheblichen Subventionen. Die kommunistische Abendzeitung CE SOIR ist schon in den ersten Nachkriegsjahren verschwunden. Die kryptokommunistische Tageszeitung LIBERATION wurde 1964 eingestellt. Der Mangel an kommunistischen Lesern steht im Kontrast zur Zahl der Wähler, die aus Unzufriedenheit mit den sozialen Zuständen in Frankreich kommunistische Stimmzettel abgeben.

+ - +